

Berliner Woche 18.02.2013

CDU fordert in der BVV Aktivitäten im Sinne der Kolonie Sätisstraße



[Horst-Dieter Keitel](#) 18.02.2013

Marienfelde. Der Widerstand der Laubenpieper gegen das an der Sätisstraße geplante Logistikzentrum wächst. Und in der Bezirksverordnetenversammlung steht am 20. Februar der Fall wieder auf der Tagesordnung.

Zunächst hatten sich auf Einladung des Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümergebietes Berlin-Lichtenrade Mitte Februar rund 200 Betroffene versammelt. Kommt das Logistikzentrum wie geplant, erwartet der Verein ein unumgänglich zunehmendes Verkehrsaufkommen im gesamten Süden des Bezirks. Darum werde er alles unternehmen, um das Logistikzentrum zu verhindern, erklärt der Vorsitzende Frank Behrend.

Die CDU-Fraktion in der BVV bringt nun gleich zwei Anträge zum Thema ein. Unter der Überschrift "Aktivitäten zum Erhalt der Kleingärten und Schutz der Anlieger in der Sätisstraße jetzt endlich beginnen" wird das Bezirksamt aufgefordert, unverzüglich Verhandlungen mit den zuständigen Senatsverwaltungen aufzunehmen, um eine zügige Änderung des Flächennutzungsplans im Sinne des BVV-Beschlusses vom 17. Februar 2010 anzuschieben und Ersatzgrundstücke von der Wirtschaftsverwaltung zu bekommen. Wie berichtet, plant ein privater Investor ein großes Logistikzentrum an der Sätisstraße, dem über 200 Kleingärtner weichen sollen. Die BVV fasste schon 2010 einen gegenteiligen Beschluss, der aber aus unerfindlichen Gründen drei Jahre lang im Rathaus Schöneberg lag und erst Anfang dieses Jahres, nach dem die ersten Bauvorbescheide schon erteilt waren, an den Senat weitergereicht wurde.

Der zweite CDU-Antrag ist eher prophylaktisch und fordert angesichts der ungereimten Vorkommnisse nun hauptsächlich die Erhaltung und dauerhafte Sicherung aller Kleingartenanlagen im Bezirk.

Die Stadträtin für Stadtentwicklung Sibyll Klotz (Grüne) reagierte derweil mit einer Hauswurfsendung im Bereich der Sätisstraße 89 und 95-129 sowie der Gartenkolonie. Darin wirbt sie "um Verständnis dafür, dass der Bezirk nicht anders handeln konnte". Klotz verspricht, die nächsten eingehenden Bauanträge "einer genauen Prüfung unter Einbeziehung des Umwelt- und Naturschutzamts sowie des Tiefbauamts zu unterziehen".

